Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

mit der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage: Auer Sonntagsblatt.

Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 1.20 Mk. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 1.10 Mk. Bei der Post bestellt und selbst abgeholt vierteljährlich 3.60 Mk., monatlich 1.20 Mk. durch den Briefträger frei ins Haus vierteljährlich 4.05 Mk., monatlich 1.35 Mk. Erscheint täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. Unsere Zeitungsträger und Ausgabestellen, sowie alle Postanstalten und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Sprechstunde der Redaktion mit Ausnahme der Sonntage nachmittags 4—5 Uhr. — Telegramm-Adresse: Tageblatt Auerzgebirge. Fernsprecher 53.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann Gewähr nicht geleistet werden.

Anzeigenpreis: Die 7gespaltene Petitzeile oder deren Raum für Anzeigen aller Art im dem Bezirk Schwarzenberg 25 Pfg., für auswärtige Anzeigen 35 Pfg., die 3spaltige Reklamezeile 100 Pfg. Im Bezirk Schwarzenberg 75 Pfg., sonst 90 Pfg. Bei größeren Aufträgen entsprechender Rabatt. Angenommen nahme bis spätestens 9½ Uhr vormittags. Für Fehler infolge von Schreibfehlern oder Unleserlichkeit kann keine Gewähr geleistet werden, wenn die Aufgabe der Anzeigen durch Fernsprecher erfolgt oder das Manuskript nicht deutlich lesbar ist.

Nr. 97 — Dienstag, den 29. April 1919 — 14. Jahrgang

Das Neueste vom Tage.

In einer Vollsitzung der Friedenskonferenz wurde die Vorlage des Völkerbundes angenommen. Alle Verbesserungsanträge wurden zurückgezogen.

*

Gestern begannen in Weimar kommissarische Beratungen wegen Vorbereitung des Zusammenschlusses der Thüringer Lande unter Angliederung von Gebietsteilen Sachsens und Preußens zu einem Freistaat Großthüringen.

*

Während der Streik in Niederschlesien erloschen ist, hat sich die Lage in Oberschlesien weiterhin verschärft.

*

Die Nachricht, daß das militärische Unternehmen gegen München vom Reichswehrminister Noske geleitet wird, ist unrichtig.

*

Nach einer Meldung des Ungarischen Korrespondenzbüros besetzten die Serben am 27. April Mako und Nachlak. Die Rumänen sind weiter vorgedrungen und haben u. a. die Theißbrücke bei Cap gesprengt.

Die ersten Erfolge gegen München.

Wie wir hören, ist die Truppenbewegung gegen München im Gange. Die Glomm-Linie ist von Regierungstruppen besetzt. Im Norden haben die Regierungstruppen Petershausen und Altershausen erreicht, im Süden Alt-Oetting und Neu-Oetting. Die Umschließung der Stadt schreitet fort. Bis zum Angriff auf die Stadt werden noch einige Tage vergehen.

Die Lage in München scheint demnach vor der Entscheidung zu stehen. Die bereits wiederholt geschilderte Uneinigkeit zwischen den derzeitigen Machthabern in München ist im Zunehmen begriffen. Die Konflikte haben zwischen der zur Entscheidung mit den Waffen drängenden Anhängerschaft der russischen Kommunisten Levin, Levine-Nissen und Axelrod sowie der von der Unhaltbarkeit der Zustände überzeugten und zu Verhandlungen bereiten Anhängerschaft Tollers, Klingelhöfers und Männers bereits zum offenen Bruch geführt. Die Mitglieder des Vollzugsrats, Toller und Klingelhöfer, sowie der Finanzminister Männer haben ihre Mandate niedergelegt. Sämtliche Zeitungen sollen wieder erscheinen, die bürgerlichen unter Vorzensur. Die Buchdrucker hatten erklärt, sie würden insgesamt die Arbeit niederlegen, wenn den bürgerlichen Blättern das Erscheinen nicht gestattet würde. Das gesamte Personal der Zeitungs- und Banknotendruckereien hatte sich mit ihnen solidarisch erklärt. Die verfügte Verhängung des Standrechts über ganz Bayern bedeutet eine Vorsichtsmaßregel, die es der Regierung ermöglichen soll, Vergehen gegen die Regierung und die öffentliche Ordnung in raschem Verfahren abzuurteilen.

Flucht von Münchner Kommunistenführern.

Die Lage der Münchner Kommunisten verschlechtert sich zusehends. Ein deutlicher Beweis ist die Flucht Landauers aus der Stadt und die Vorbereitungen einiger sonstiger Führer für ihre Flucht. Auch Fechenbach (der frühere Sekretär Kurt Eisners) hat sich aus München entfernt und ist in Ulm verhaftet worden. Der Oberkommandierende der Roten Armee ist seit kurzem der abgesetzte Stadtkommandant Egelhofer, als Chef der Roten Garde zeichnet ein gewisser Widemann. Als Geiseln wurden mehrere Großindustrielle festgenommen. Auch Professor Stuck und Oberstudienrat Niklas sollen verhaftet worden sein. Nachdem das Gefängnis Stadelheim überfüllt ist, hat man die Gefangenen in die Kommandantur bringen müssen. Die Flugstation Gotthofen, die bisher für die Münchner Kommunisten arbeitete, ist von den Regierungstruppen kampflos in Besitz genommen worden. Der Führer der Flugstation, Unteroffizier Bauer, wurde verhaftet. Der Münchner Bevölkerung bemächtigt sich in steigendem Maße eine Nervosität. Die Speiselokale können ihren Gästen kaum noch das notdürftigste bieten, und die Haushaltungen leiden empfindlich darunter, daß selbst die rationierten Lebensmittel nicht mehr regelmäßig verteilt werden können. Die Verpflegung der Truppenmassen der Roten Garde schafft für die Ernährung der Zivilbevölkerung besondere Schwierigkeiten, die durch die völlige Einstellung des Personenverkehrs noch vermehrt werden. Die Bevölkerung sieht in banger Sorge der kommenden Entscheidung entgegen. In Erwartung der Entscheidung geht das Leben in der Stadt unter dem Drucke der ganzen Lage seinen gewohnten Gang.

Das Truppenaufgebot gegen Bayern.

Nach zuverlässigen Informationen beträgt das gesamte Truppenaufgebot unter dem Oberbefehl des Reichswehrministers Noske gegen Südbayern fast 50 000 Mann. Noch in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag sind durch Thüringen große Truppentransporte mit viel Artillerie nach Bayern abgegangen.

Russische Hilfe für München.

Von der Ostfront sind in den letzten 14 Tagen mehr als 50 Russen abgefangen worden, die mit Instruktionen der Moskauer Regierung nach Deutschland unterwegs waren zur Unterstützung der bayrischen Kommunistenbewegung.

Die Friedensverhandlungen ohne Italien.

Die politische Spannung steigt in demselben Maße, wie sich der Augenblick nähert, der die weltgeschichtliche Entscheidung bringt, ob der Versailler Friedensvertrag die deutsche Unterschrift erhält oder nicht. Die deutsche Nation hat angesichts des schicksalsschweren Entschlusses, vor den sie sich gestellt sieht, erfreulicherweise mit geringen Ausnahmen ihre Haltung wiedergefunden und durch alle maßgebenden und mit dem hohen Verantwortungsgefühl der Stunde erfüllten Stellen ihren festen Willen bekundet, sich nicht auf Gnade oder Ungnade der fremden Vergewaltigung auszuliefern, sondern nachdrücklich und unbeugsam auf der Wilsonschen Grundlage eines Gerechtigkeitsfriedens zu bestehen, auf der sie in Uebereinstimmung mit der Gegenpartei die Verhandlungen eingeleitet hat. Inzwischen scheint nun auch in Ententekreisen die Erkenntnis aufgedämmert zu sein, daß man das trotz des Krieges und der inneren Unruhen in seinem Kern stark und lebensfähig gebliebene deutsche Volk nicht einfach als verächtliche Masse behandeln kann, sondern daß man von ihm eine wohlbeachtliche moralische Widerstandskraft zu gewärtigen hat. Die Entente trägt offenbare Unruhe bei dem Gedanken zur Schau, daß Deutschland die Unterzeichnung tatsächlich verweigern könnte. Wenn die Friedensbedingungen unseren Lebensbedingungen und unserer Ehre widersprechen, bleibt uns aber nichts anderes übrig, als das feste Beharren auf dem wohlerwogenen Entschlusse, uns nicht die Feder in die Hand drücken zu lassen zur unterschriftlichen Anerkennung von Friedensbedingungen, die mit einem Wilsonschen Rechtsfrieden nicht vereinbar sind. Der Anwendung der Zwangsmittel, die der Entente zu Gebote stehen, können wir ruhig ins Auge sehen. Lloyd George hat selbst erklärt, die unverzügliche Wiederbelebung des Welthandels sei wichtiger als die Unterzeichnung eines Vertrages; eine Aeußerung, aus der deutlich hervorgeht, wie sehr sich die Entente bewußt ist, daß sie sich mit der Verlängerung der Hungerblockade ins eigene Fleisch schneiden würde.

Der Beginn der Friedensverhandlungen.

Nach Pariser Meldungen hat die Friedenskonferenz nach Hinzuziehung der deutschen Delegierten schon äußerlich ein ungeheures Arbeitsquantum zu erledigen. Zunächst müssen sämtliche 1000 Paragraphen des Vorfriedensvertrages sowohl in französischer wie in englischer Sprache zur Verlesung gelangen. Da das Verlesen eines jeden Paragraphen wenigstens eine Minute Zeit kostet, ist für diese Arbeit mit einer Zeitdauer von 33 Stunden zu rechnen. Nach diplomatischem Brauch wird aber höchstens acht Stunden den Tag verhandelt, so daß die Verlesung allein ganze vier Tage in Anspruch nehmen wird. Da die Verhandlungen am 29. April beginnen, kann man frühestens am 2. Mai damit fertig werden. Infolgedessen kann die den deutschen Bevollmächtigten zur Unterzeichnung des Vertrages gegebene Frist am 3. Mai beginnen, d. h. also, daß die Unterzeichnung des Friedensvertrages am 15. Mai erfolgen wird. Rechnet man weiter damit, daß die Diskussionen über jeden dieser 1000 Paragraphen durchschnittlich eine Stunde in Anspruch nehmen werden, so ist für die Erörterungen der Friedensbestimmungen bei einer Arbeitszeit von zehn Stunden und sechs Tagen in der Woche mit einer Zeitdauer von vier Monaten zu rechnen. Infolgedessen macht sich in offiziellen Kreisen der Alliierten mehr und mehr die Anschauung geltend, in keine Diskussion des Friedensvertrages einzutreten, sondern schriftliche Gegenvorschläge von deutscher Seite zu verlangen.

Fünfzehnjährige Besetzung Rheinlands.

Vom Allgemeen Handelsblad zufolge meldet der Pariser Korrespondent des Stelle Belge: Belgien wird Malmedy mit Umgebung erhalten, Frankreich und Belgien werden die Rheinlande 15 Jahre lang besetzt halten, und zwar Frankreich mit 200 000 Mann und Belgien mit ungefähr 20 000 Mann. Die Kosten der Besetzung des Rheinlandes werden zu Lasten Deutschlands fallen. Außerdem wird Belgien die freie Fahrt auf dem Rhein zugesichert werden. Die Revision des Vertrages von 1839 wird einer Kommission übertragen. Was die finanzielle Regelung anbelangt, so hat Hymans das feste Versprechen erhalten, daß Belgien, wenn Deutschland, wie erwartet wird, gewillt ist, sofort 25 Milliarden an Frankreich zu bezahlen, davon 7 Milliarden erhalten wird.

Die Entente verlangt Meistbegünstigung in Deutschland.

Echo de Paris zufolge fordert der Entwurf der Wirtschaftskommission im Friedensvertrag, daß Deutschland den Alliierten das Recht auf Meistbegünstigung, sogar in vielen Fällen Gleichberechtigung mit seinen eigenen Landesangehörigen zugestehe.

Der Zwist um Fiume.

Der Pariser Korrespondent der Daily News brachte: Orlando müsse eingesehen haben, daß sein Appell an die Kammer, auf Fiume zu bestehen, das Ende von Italiens Teilnahme an der Konferenz bedeutet. Alle anderen englischen Blätter meinen ebenfalls, daß der letzte Schritt Orlandos die schlimmsten Folgen haben werde. Auch Lord Reading, der britische Botschafter in Washington sagte, daß die Haltung Italiens ernste Schwierigkeiten zur Folge haben müßte. Daily Expreß sagt mit Bezug auf die in England ausgebrochene Hundetollwut: Die Mehrzahl der französischen Zeitungen sind der Ansicht, daß man die Friedensverhandlungen mit den Deutschen nicht beginnen könne, ohne daß Italien dabei ist. Echo de Paris erklärt: Wir sind durch unsere Ehre gebunden, nicht ohne Italien Frieden zu schließen. Das Journal schreibt: Es würde undenkbar sein, ohne Italien an den Tisch der Friedenskonferenz zu treten und den Deutschen Gelegenheit geben, über diesen Punkt die Debatte zu eröffnen. Der Pariser Korrespondent des Herald schreibt, daß Orlando bald zurückkehren werde, um wirtschaftliche Konzessionen für das Aufgeben von Fiume zu verlangen. Diese werden ihm von der französischen Presse auch nach allen Richtungen angeboten. Der Newyork Herald holt den britischen Vorschlag wieder hervor, wonach Fiume eine eigene Verwaltung erhalten soll, während die politische Souveränität den Jugoslawen zuerkannt werden würde. Auf diese Weise sollen die Italiener die Kontrolle über die Stadt bekommen, weil die Bevölkerung vorwiegend italienisch sei. England ist dafür, Italien Kohle zu liefern, so viel es braucht, und zwar unter günstigen Bedingungen, und Frankreich werde seine eigenen Schiffe zum Transport zur Verfügung stellen. Der amerikanische Minister Lone veröffentlicht im Namen der amerikanischen Regierung folgende Mitteilung über die Frage von Fiume:

Fiume wurde durch das Geheimabkommen von London, das Italien zum Kriegseintritt bestimmte, nicht Italien, sondern den Kroaten zugewiesen. Kroatien bildet jetzt einen Teil des neuen jugoslawischen Staates, muß also nach Ansicht Wilsons Fiume erhalten. Die Frage ist eine Rechtsfrage. Wilson und Clemenceau sind darüber einig, daß die Zuweisung Fiumes an Italien ein Unrecht gegenüber dem Staate der Jugoslawen ist, weil Fiume der einzige verwendbare Hafen für sie ist. Die Ansprüche Italiens stützen sich auf die Voraussetzung, daß die Mehrzahl der Bevölkerung Italiener sind, und daß Fiume vielleicht vor hundert Jahren Italien angehören müsse. Die Durchführung dieser Ansprüche würde den anderen Interessenten gegenüber ein Unrecht sein, und dadurch würde an der Adria zwischen den beiden